



Samen des Widerstands – Jugendliche in Deutschland mobilisieren sich landesweit gegen die Rückkehr der Wehrpflicht

von Marah Frech

Unter dem Motto „Nein zu Wehrpflicht und Kriegsvorbereitung! Die Reichen wollen Krieg – die Jugend will eine Zukunft!“ protestierten Schüler*innen in ganz Deutschland gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Zum ersten Mal gingen sie am 5. Dezember auf die Straße, ein weiterer bundesweiter Streik folgte am 5. März. Der nächste Schulstreik ist für den 8. Mai, dem internationalen Tag der Befreiung vom Faschismus, von Organisierenden aus Deutschland, Italien und Frankreich angesetzt. In einer Zeit erneuter Militarisierung in ganz Europa soll dieses Datum lokale Kämpfe gegen die Wehrpflicht mit einer breiten transnationalen Bewegung gegen Militarisierung, Krieg und Faschismus verknüpfen.

Mit diesen Schulstreiks nimmt der Widerstand der Jugendlichen zum ersten Mal kollektive Gestalt in der deutschen Öffentlichkeit an. Diese Entwicklung ist längst überfällig. Seit Olaf Scholz eine *Zeitenwende* in der deutschen Verteidigungspolitik im Februar 2022 erklärt hat, deuten die politischen Signale schrittweise auf eine Wiedereinführung der Wehrpflicht hin. Dieser Wandel bedeutet nicht nur einen Bruch mit der militärischen Zurückhaltung der Nachkriegszeit – er markiert ihre faktische Aufgabe. Deutschland repositioniert sich neu, nicht nur ins Zentrum der europäischen Militärordnung, sondern als treibende Kraft der Aufrüstung. Doch dieser

Konflikt ist mehr als nur eine geopolitische Angelegenheit – er spiegelt einen umfassenden Generationskampf wider. Die Debatte wurde bislang vor allem von Politiker*innen, Militäroffizier*innen und Sicherheitsexpert*innen geführt, die davon selbst nicht betroffen sind. Die Stimmen der Betroffenen haben bis jetzt nur eine Randrolle gespielt.

Von der Zeitenwende zur Wehrpflicht – politischer Konsens und jugendlicher Dissens

Quer durch das politische Spektrum und weite Teile der Gesellschaft besteht ein auffälliger Konsens, was die Militarisierung der Jugend be-

trifft – verbunden mit einer klaren Botschaft: Der politische Wille zur Wiederherstellung der Wehrpflicht wird durchgesetzt werden. Kurz vor dem ersten Protest wandte sich der Verteidigungsminister Boris Pistorius an die Streikenden: Es ist schön, dass ihr protestiert – das Recht dazu verdankt ihr uns. Aber auch wenn ihr demonstriert, wird es nichts daran ändern, dass ihr Deutschland verteidigen müsst.⁽¹⁾

Von den Schüler*innen und Aktivist*innen wurde diese Nachricht als tief herablassend wahrgenommen. Gedämpft hat sie ihren Einsatz jedoch nicht. Luca, Schüler und Mitglied des *Antimilitaristischen Bündnis Frankfurt*, äußert sich fol-

(1) <https://www.instagram.com/p/DR2PaQRDO3t/>



gendermaßen: „Als Jugend stehen wir jetzt auf und kämpfen für eine Zukunft – für uns selbst und für alle. Wir werden diesen Krieg und die Wehrpflicht stoppen.“

Bildung statt Militarisierung

Luca ist Teil des bundesweiten Bündnisses *Schulstreik gegen Wehrpflicht*, das zum zweiten Mal auf die Straße gegangen ist, um gegen die Rückkehr der Wehrpflicht und alle Formen von Pflichtdiensten zu protestieren. Die Koalition aus Schüler*innen und Jugendorganisationen fordert zudem deutlich höhere Investitionen in Bildung, soziale Sicherheit und Umweltschutz anstelle von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Sie verlangen ein Verbot von Bundeswehrbesuchen an Schulen, die Einführung von Beratung zur Kriegsdienstverweigerung für alle Abschlussklassen sowie die Gründung von Streikkomitees an Schulen. Darüber hinaus bestehen sie auf der Anerkennung des Streikrechts von Schüler*innen.⁽²⁾

Diese Forderungen sind eine direkte Reaktion auf die wachsende Präsenz von Jugendoffizier*innen an Schulen und auf den Aufruf des Bildungsministeriums zu einem „entspannteren Verhältnis“ zwischen Schulen und der Bundeswehr. Seit 2020 haben Bundeswehrbesuche an Schulen deutlich zugenommen, und aktuelle Zahlen zeigen, dass sich ihre Anzahl nach Beginn des Krieges in der Ukraine mehr als verdoppelt hat. Auch ihre Präsenz auf Berufsmessen hat sich ausgeweitet.⁽³⁾ Die Streitkräfte werden somit schrittweise in das Bildungssystem integriert, um eine Generation heranzuziehen, für die Krieg, militariserte Verhältnisse und soziale Prekarität zur Normalität werden.⁽⁴⁾

Laut den Organisator*innen nahmen rund 55.000 junge Menschen in über 90 Städten am ersten Schulstreik am 5. Dezember 2025 teil. Während der Schulzeit verließen



Bild: Schulstreik Kassel am 5. Dezember 2025 Dezentrale Kassel

CC BY-NC-SA 4.0

Schüler*innen ihre Klassenzimmer, um gegen die geplanten Reformen des Wehrdienstsystems zu protestieren. Das erklärte Ziel der Bewegung war es, das Wehrdienstgesetz zu kippen. Wenig überraschend wurde das Gesetz mit großer Mehrheit verabschiedet. Seit Januar 2026 werden Musterungsfragebögen verteilt, um junge Menschen des Jahrgangs 2008 systematisch zu erfassen.

Nimmt man einen aktuellen Bericht der Wehrbeauftragten des Bundestages beim Wort, wird der Sommer 2027 nicht nur die Rückkehr verpflichtender Musterungsuntersuchungen bringen, sondern die vollständige Wiedereinführung der Wehrpflicht, da die Streitkräfte weiterhin „unzureichende Rekrutierungszahlen“⁽⁵⁾ melden. Das Jugendbündnis erwartet, dass die entscheidende politische Debatte während der kommenden Sommerferien stattfinden wird, womit sich Deutschland in einen breiteren europäischen Trend der Reaktivierung und Ausweitung von Wehrpflichtsystemen einreicht.

Eine Bewegung aufbauen: Von lokalen Streiks zu transnationaler Koordination

Neben der Ankündigung weiterer Streiktermine hat die Bewegung ihre Vernetzungsarbeit durch lokale Initiativen, schulbasierte Streikkomitees und eine bundesweite Streikkonferenz in Göttingen intensiviert, an der auch Aktivist*innen aus Italien und Frankreich teilnahmen. Ziel ist der Aufbau einer jungen, explizit transnationalen Antikriegsbewegung.

Mehr als 50.000 Schüler*innen in über 130 Städten beteiligten sich am zweiten bundesweiten Streik am 5.3. 2026, darunter allein 10.000 in Berlin. Große Medien berichteten über die Demonstrationen – ein Zeichen dafür, dass sich die Bewegung als sichtbare Stimme gegen Krieg und Militarisierung zu etablieren beginnt. Ihr Potenzial liegt darin, zu einer bundesweiten Massenbewegung zu werden, die auch jene erreichen kann, die sich selbst noch nicht als politisch verstehen, aber die Wehrpflicht ablehnen.

(2) <https://schulstreikgegenwehrpflicht.com/>

(3) <https://dserver.bundestag.de/btd/21/035/2103532.pdf> bzw.

(4) <https://www.welt.de/politik/deutschland/article250604796>

(5) <https://dserver.bundestag.de/btd/21/042/2104200.pdf>



Bild: Schulstreik Berlin am 5. März 2026 IPPNW/Regine Ratke (flickr) CC BY-NC-SA 4.0

Wenn abstrakte Debatten zur Briefkastenrealität werden

Für viele junge Menschen sind diese Debatten lange abstrakt geblieben. Das Militär ist weniger eine Alltagsrealität als ein fernes politisches Thema, das über die Medien vermittelt wird. Seit die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt wurde, ist sie aus dem Alltag vieler weitgehend verschwunden. Die Wehrpflicht kennt man meist nur aus Erzählungen – außer bei jenen mit ausländischer oder doppelter Staatsbürgerschaft, die möglicherweise anderswo von Wehrpflichtsystemen betroffen sind. Die jüngste Verteilung der Fragebögen verändert diese Distanz jedoch. Was lange eine politische Debatte blieb, kommt nun ganz nah, wird ganz persönlich. Mit jedem weiteren Brief, der in den Briefkästen des Landes landet, dürfte sich die Dynamik der Antikriegsbewegung verschieben.

Laut informellen Umfragen, die Schüler*innen selbst durchgeführt haben, lehnen rund 80% der Befragten die Wehrpflicht ab.⁽⁶⁾ Wäh-

rend einige Interesse an einem Eintritt in die Bundeswehr äußern, ist eine klare Mehrheit zögerlich, wenn nicht offen ablehnend. Die Herausforderung besteht nun darin, diese Mehrheit zu mobilisieren, die politischen Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht zu erhöhen und mehr junge Menschen in eine erneuerte Antikriegsbewegung einzubinden.

Um zu wachsen, steht die Jugendbewegung vor einer doppelten Herausforderung: Marginalisierung und Vereinnahmung. Einerseits kämpft sie darum, in einem öffentlichen Diskurs gehört zu werden, der weitgehend auf die Pro-Militarisierungslinie der Regierung ausgerichtet ist; Medienaufmerksamkeit außerhalb von Streiktagen bleibt begrenzt. Andererseits muss sie ihr Verhältnis zur älteren Generation der Friedensbewegung gestalten und sicherstellen, dass sie nicht vereinnahmt, aufgesogen oder ausgebremst wird. Ihre Botschaft ist klar: Unterstützt uns – aber von der Seitenlinie aus. Nutzt eure Netz-

werke, spendet, organisiert euch politisch gegen Krieg und Militarisierung, gründet Gruppen wie „Eltern gegen Wehrpflicht“ – aber lasst uns die Schulstreiks selbst führen und organisieren. Nur so kann daraus eine echte Massenbewegung der Jugend werden.

Widerstand trifft Repression quer durch Deutschland

Die Versuche, junge Menschen einzuschüchtern, nehmen zu. In Stuttgart wurden streikende Schüler*innen wegen „unentschuldigtem Fehlen“ mit Bußgeldern von 20 Euro belegt, während Schulverwaltungen mit weiteren Konsequenzen bei wiederholter Teilnahme drohten.⁽⁷⁾

In mehreren Städten, darunter Frankfurt, Bonn und München, schränkten Behörden die Teilnahme ein, indem sie Schultore absperreten, persönliche Daten von Schüler*innen aufnahmen oder sie zurück in die Schule eskortierten. In Berlin wurden Schüler*innen wegen des Verdachts der „Beleidigung“ festgenommen, weil sie Protestschilder mit der Aufschrift „Merz, leck Eier“ gezeigt hatten – ein Slogan, der sich in sozialen Medien

Entwicklungen in Europa in den letzten Jahren:

Schweden hat die Militärdienstpflicht 2017 wieder eingeführt und 2019 auf Frauen ausgeweitet; Norwegen führte 2015 eine geschlechtsneutrale Militärdienstpflicht ein; Litauen hat die Militärdienstpflicht 2015 wieder eingeführt und Lettland 2023. In Kroatien verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Wiedereinführung im Jahr 2025. In Frankreich wurde die Militärdienstpflicht 2001 abgeschafft, doch die aktuelle Politik konzentriert sich auf den Ausbau des „Service national universel“ (SNU), eines quasi-obligatorischen Jugendprogramms mit militärischen Elementen.

(6) Vorläufige qualitative Untersuchungen deuten darauf hin, dass Studierende nicht unbedingt gegen Dienstpflicht an sich sind, sondern vielmehr gegen die Wehrpflicht als einzige Form davon. Viele bekunden die Bereitschaft, auf nichtmilitärische Weise einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Diese Ergebnisse sind noch vorläufig.

(7) <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/verwarngelder-wegen-schulstreik-gegen-wehrpflicht-schueler-100.html>



rasch verbreitete und Bundeskanzler Friedrich Merz zu einem zentralen Ziel der Proteste machte.⁽⁸⁾ Merz gilt seit Jahren in den Augen vieler als jemand, der Jugendliche, Frauen, queere Menschen und Menschen in prekären Verhältnissen den Interessen des Kapitals opfert – und ist damit zum Brennpunkt von Wut und Frustration geworden. Die Festnahmen, von vielen als Zeichen wachsender autoritärer Tendenzen im Staatsapparat gewertet, lösten eine Solidaritätswelle aus Jugendorganisationen, Aktivist*innen, Politiker*innen sowie Kulturschaffenden aus. Sie erinnern an die Frühphase der pro-palästinensischen Demonstrationen, bei denen staatliche Reaktionen schnell eskalierten und von ähnlichen Mustern der Einschränkung und Gewalt geprägt waren.

In Kassel untersagten Schulverwaltungen die Streikteilnahme kollektiv per offizieller Bekanntmachung und drohten mit Disziplinarmaßnahmen und Suspendierungen. Ähnliche Maßnahmen wurden aus Frankfurt und Dortmund gemeldet. Eine weitere verbreitete Taktik war das Verbot der Flyer-Verteilung auf Schulgeländen – was demokratische Rechte im Namen der Schulordnung faktisch beschnitt. Elternbriefe warnten, dass streikende Schüler*innen die „nötige Weitsicht“ vermissen ließen, und taten ihre Argumente als „vereinfachend“ ab. Das wirft dringende Fragen auf: Wie tief muss die Angst oder die ideologische Ausrichtung sitzen, damit Erwachsene bereit sind, die eigenen Kinder und Schüler*innen in das Getriebe des Krieges zu schicken?

Die Schüler*innen lassen sich jedoch nicht einschüchtern und entwickeln neue, kreative Organisationsformen – online wie offline. Ihre Stärke hat Unterstützung von den Parteien Die Linke und BSW, der Gewerkschaft Erziehung und Wis-

senschaft (GEW), einzelnen Schülern und Lehrkräften hervorgerufen.

Wir verlangen dieser Generation sehr viel ab

Es ist verlockend, die Streikenden in die Tradition früherer Schulproteste einzureihen – gegen den Irakkrieg, für Bildungsreformen (den sogenannten Bildungstreik) oder im Rahmen von Fridays for Future. Doch es gibt einen entscheidenden Unterschied: Während frühere Bewegungen oft breite Unterstützung oder zumindest partielle Rückendeckung – auch von staatlicher Seite – erfuhren, sehen sich diese Schüler*innen von Anfang an mit Repression konfrontiert. Die Schulstreiks verlangen einer Generation sehr viel ab, die bereits mit sozialer Unsicherheit, politischer Marginalisierung und einer ungewissen Zukunft konfrontiert ist – und der gleichzeitig erklärt wird, dass Wehrpflicht eine Möglichkeit sei, „etwas zurückzugeben“. Das wirft eine naheliegende Frage auf: Wer schuldet wem was – in einer Gesellschaft, die von wachsender Kinderarmut, zunehmender sexualisierter Gewalt, dem Klimakollaps, eskalierender sozialer Isolation und der Kriegstreiberei der Mächtigen geprägt ist?

Unter solchen Bedingungen die Kraft und den Mut aufzubringen, auf die Straße zu gehen, ist keine Kleinigkeit. Damit die Samen, die die ersten beiden Schulstreiks gelegt haben, aufgehen können, braucht es eine Gesellschaft, die bereit ist, hinter jungen Menschen zu stehen – sie zu unterstützen, ohne ihnen die Richtung vorzuschreiben oder Kontrolle auszuüben.

Ein neuer Internationalismus im Entstehen?

Doch in dieser Wahrnehmung liegt der fragile Beginn von Widerstand.

Was wir beobachten, könnte durchaus die Entstehung einer neuen, von Jugendlichen geführten Antikriegsbewegung sein – einer, die sich quer durch Deutschland organisiert, transnationale Verbindungen aufbaut und jenen an der Macht jenseits nationaler Grenzen eine klare Botschaft sendet: Nein zur Wehrpflicht. Nein zu jedem Pflichtdienst. Die Reichen wollen Krieg – die Jugend will eine Zukunft.

Der 8. Mai – der Jahrestag des Sieges über den Faschismus – hat das Potenzial, zu einem internationalen Kampftag gegen den Krieg zu werden, denn die Frage der Wehrpflicht ist längst keine rein nationale Politikentscheidung mehr. Auf dem Spiel steht ein umfassender gesellschaftlicher Konflikt um die künftige Rolle des Militärs – und darum, ob eine Generation, die ohne Wehrpflicht aufgewachsen ist, deren Rückkehr und die damit einhergehende umfassendere Militarisierung akzeptieren oder sich dagegen organisieren wird.

Marah Frech ist eine in Deutschland lebende Aktivistin und Antimilitaristin. Sie bietet Beratung für Kriegsdienstverweigerer, insbesondere für junge Menschen, an. Ihre Arbeit bewegt sich an der Schnittstelle von Migration, Antimilitarismus und sozialer Gerechtigkeit.

Dieser Text erschien ursprünglich in zwei Teilen auf der Website der War Resisters International <https://wri-irg.org/>. Aus Gründen der Lesbarkeit wurden die Fußnoten hier gekürzt.

Übersetzt von Sarah Madeleine Gerhardt, unterstützt durch Claude und PONS Wörterbuch Englisch

(8) Es muss darauf hingewiesen werden, dass dieser Slogan homophobe Untertöne hat, die entschieden zurückgewiesen werden müssen.

